

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP): Vermehrte Polizeipräsenz in der Innenstadt auf Kosten der Sicherheit in den Aussenquartieren?

Gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 14. November 2007 wurde die Stadtpolizei Bern beauftragt, bis Ende Jahr die Repression im Drogenbereich und die Polizeipräsenz an den neuralgischen Punkten in der Innenstadt zu erhöhen. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst und unterstützt diesen Entscheid grundsätzlich.

Laut der Medienmitteilung der Stadtpolizei Bern vom 19. November 2007 sollen, um dem Auftrag zur zusätzlichen Schwerpunktbildung nachzukommen, andere Arbeiten zurückgestellt werden sowie die Präsenz der Polizei in den Aussenquartieren reduziert werden. Vor allem diese Massnahme löst bei der SP/JUSO-Fraktion Unbehagen aus.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Auswirkungen wird die Reduktion der Polizeipräsenz in den Aussenquartieren haben?
2. Kann mit einer reduzierten Polizeipräsenz in den Aussenquartieren die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet werden?
3. Sind andere Möglichkeiten als die Reduktion der Polizeipräsenz in den Aussenquartieren zugunsten der Innenstadt geprüft worden, wie beispielsweise die Reduktion der massiven Polizeipräsenz bei kommerziellen Sportveranstaltungen (siehe Super-League-Spiel zwischen YB und dem FCZ vom 11. November 2007) oder deren finanziellen Abgeltung durch die Organisatoren?

Begründung der Dringlichkeit: Diese Massnahme soll ab sofort umgesetzt werden, dies bedeutet, dass die Polizeipräsenz in den Aussenquartieren per sofort reduziert wird.

Bern, 22. November 2007

Dringliche Interpellation Fraktion SP/JUSO (Corinne Mathieu, SP), Beni Hirt, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Ursula Marti, Giovanna Battagliero, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Beat Zobrist, Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Annette Lehmann, Andreas Flückiger, Ruedi Keller, Christof Berger, Thomas Göttin, Andreas Zysset, Liselotte Lüscher, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf

Die Dringlichkeit wird im Büro des Stadtrats bejaht.